

**für die Schüler\*innenbeförderung im Auftrag des**

**Landratsamts Neu-Ulm**

## **[MUSTERVERTRAG]**

**(Muster gilt für Los 1 bis Los 4 und wird entsprechend der Streckenführung noch jeweils angepasst. Es wird ein Vertrag je Los geschlossen, sodass unterschiedliche Vertragsverhältnisse bestehen.)**

**Im Vergabeverfahren ist der Vertrag NICHT auszufüllen und abzugeben, es ist allerdings im Angebotsschreiben zu erklären, dass mit dem Vertrag (dann entsprechend ausgefüllt) Einverständnis besteht.**

## **Vertrag**

Zwischen dem Landkreis Neu-Ulm

– im folgenden Aufgabenträger oder Auftraggeber (AG) genannt –  
vertreten durch die Landrätin Eva Treu, Kantstraße 8, 89231 Neu-Ulm.

**und**

dem Unternehmen X

– im folgenden Auftragnehmer (AN) genannt –  
wird folgender Vertrag geschlossen:

### **§ 1 Beförderung**

- (1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Beförderung der zu befördernden Personen (§ 3) inkl. Gepäck (insbes. Schultaschen, Sportsachen, Musikinstrumente) an allen Schultagen mit Kraftfahrzeugen zum und vom Unterricht gem. der Regelungen dieses Vertrags und den Anforderungen der Leistungsbeschreibung, und zwar nach Maßgabe der für das jeweilige Schuljahr festgelegten Fahrpläne für folgende Strecken/Linien:
  - (a) LOS
  - (b) Linie
- (2) Kommt der Unternehmer seiner Beförderungspflicht nicht nach, so ist der Aufgabenträger, unabhängig von einem etwaigen Kündigungsgrund (§ 22) berechtigt, die Beförderung der Schüler\*innen auf Kosten des Unternehmens von einem Dritten durchführen zu lassen.

### **§ 2 Vertragsgrundlagen**

- (1) Für die Durchführung dieses Vertrages gelten in nachstehender Reihenfolge, die zugleich Rangfolge ist:
  - (a) Die Bestimmungen dieses Vertrages nebst Anlagen.
  - (b) Die der Ausschreibung beigefügte Leistungsbeschreibung einschließlich Anlagen.
  - (c) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, VOL/B, Stand 23.09.2003.
  - (d) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere Werkvertragsrecht (§§ 631 ff BGB).
  - (e) Zu beachten sind ferner alle nationalen und europaweit geltenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und behördlichen Verfügungen, die Bezug zum Vertragsgegenstand haben, insbesondere das Personenbeförderungsgesetz und das einschlägige Straßenverkehrsrecht in der jeweils geltenden Fassung.
  - (f) Das Angebot des AN vom ...

- (2) Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des AN sind nicht Vertragsbestandteil.

### **§ 3 Unternehmen**

- (1) Gegenstand des Vertrags ist der befreite Schülerverkehr im Sinne von § 1 Satz 1 Nr. 4 d) (Lose 1 bis 3) bzw. § 1 Satz 1 Nr. 4 g) (Los 4) der Freistellungsverordnung. Auf diesen Vertrag finden aber § 1 Abs. 2 BOKraft und die in § 1 Abs. 2 BOKraft genannten Vorschriften der BOKraft Anwendung. Dies gilt auch für Fahrzeuge, die weniger als 6 Personen inkl. Fahrzeugführer transportieren.

### **§ 4 zu befördernde Personen**

- (1) Berechtigt und zu befördern nur die Schüler\*innen, deren Beförderung nach dem Bayerischen Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs in Verbindung mit der dazu erlassenen Bayerischen Schülerbeförderungsverordnung (SchulBefV) in der jeweils gültigen Fassung notwendig ist. Soweit der Aufgabenträger Berechtigungsausweise ausgibt, haben die Schüler\*innen Ihre Berechtigung auf Verlangen durch den Ausweis nachzuweisen.
- (2) Zu befördern sind auch Aufsichtspersonen.
- (3) Andere Fahrgäste sowie unberechtigte Schüler dürfen nicht befördert werden.
- (4) Der Aufgabenträger teilt dem AN rechtzeitig vor Beginn des jeweiligen Schuljahrs die voraussichtliche Anzahl der auf jeder Linie zu befördernden berechtigten Schüler\*innen sowie Schätzungen zu den voraussichtlich zu erwartenden Selbstzahlern schriftlich mit.

### **§ 5 Fahrpläne/Linien**

- (1) Die Durchführung hat anhand der jeweils einvernehmlich festgelegten Fahrpläne zu erfolgen. Streckenführung, Haltestellen und Fahrtzeiten des festgelegten Fahrplans sind genau einzuhalten. Abweichungen von der Streckenführung sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist.
- (2) Die Vorgabe der abzuholenden bzw. heimzubringenden Schüler erfolgt durch den AG. Der AG stellt dem AN hierzu die erforderlichen Schülerdaten rechtzeitig zur Verfügung. Auf Grundlage dieser Daten obliegen dem AN die wirtschaftliche Tourenplanung sowie die eigenverantwortliche Erstellung der Tourenpläne. Die vom AN erstellten Tourenpläne werden zu Beginn eines jeden Schuljahres und bei Änderungen im laufenden Schuljahr im Einvernehmen mit dem AG festgelegt. Der AG ist berechtigt, die vom AN vorgelegte Tourenplanung auf Wirtschaftlichkeit zu überprüfen sowie erforderlichenfalls Optimierungen zu verlangen.
- (3) Vor Ferien sind frühere Rückfahrtzeiten einzuplanen.
- (4) Vom Aufgabenträger gewünschten späteren Änderungen des Fahrplanes, auch während des Schuljahrs, hat der Unternehmer zu entsprechen, sofern ihm dies zumutbar ist.
- (5) Änderungen im Schulbetrieb (z.B. schulfreie Tage) werden dem Unternehmer vom Aufgabenträger oder vom Schulleiter unverzüglich mitgeteilt. Entfallen demnach eine oder mehrere Fahrten, so entfällt für diese Fahrten die Vergütung vollständig, sofern die Mitteilung vorzeitig erfolgt ist.

- (6) Der AN verpflichtet sich, bei Bedarf für jeweils mindestens einen mehrstündigen Termin pro Jahr einen leitenden Mitarbeiter zu Fahrplanabstimmungsgesprächen zum AG oder der betroffenen Schule zu entsenden, in denen gemeinsam mit dem AG und ggf. Betroffenen die Fortentwicklung des Fahrplanangebotes beraten wird.
- (7) Für die Vergütung bei Änderung der Fahrpläne gilt § 14.

## **§ 6 Beförderungskapazitäten**

- (1) Zur Beförderung sind für das Schuljahr 2026/2027 KFZ mit voraussichtlich mindestens folgender Kapazität einzusetzen [siehe Leistungsbeschreibung, dann entsprechend auszufüllen]:

Linie Los ... (siehe Anlage ...)	Voraussichtliche Schüler*innenzahl	Mindestzahl der Sitzplätze	Stehplätze
Strecke ...	...	...	...
Strecke ...			
Strecke ...			
...			

- (2) Die Kapazitäten gem. Abs. 1 sind zusammen mit den Fahrplänen und Linien zu Beginn jedes Schuljahrs anzupassen. Der AN verpflichtet sich, die geänderten Kapazitäten zu erfüllen, soweit ihm dies zumutbar ist.
- (3) Der Unternehmer unterrichtet den Aufgabenträger unverzüglich über Überbelegungen der eingesetzten Kraftfahrzeuge und über besondere Gefahrenquellen für den Schulbusbetrieb auf Fahrstrecken und an Haltestellen.
- (4) Für die Vergütung bei Änderung der Beförderungskapazitäten gilt § 14.
- (5) Der Unternehmer kann die ihm den beförderten Personen gegenüber obliegende Haftung für Personenschäden nicht ausschließen. Die Haftung für Sachschäden darf gegenüber jeder beförderten Person nur insoweit ausgeschlossen werden, als der Schaden 1.000,-- € übersteigt (§ 23 PBefG). Die Genehmigungsbehörde kann von dem Unternehmer jederzeit den Nachweis der Versicherung verlangen.

## **§ 7 einzusetzende Kraftfahrzeuge, insbes. auch Anforderungen nach SaubFahrzeugBeschG**

- (1) Der AN setzt nur KFZ ein, die ständig
  - (a) den Bestimmungen der Straßenverkehrszulassungsverordnung (StVZO) und
  - (b) den nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrzeugunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) anwendbaren Vorschriften der BOKraft und
  - (c) dem Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schüler\*innen und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden (Verkehrsblatt vom 15.08.2005), entsprechen und
  - (d) für die Beförderung der zu stellenden Beförderungskapazität (§ 6) geeignet sind und
  - (e) den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen.
- (2) Der AN ist neben seiner ordentlichen Betriebsführung dafür verantwortlich, dass die nach der StVZO und der BOKraft vorgeschriebenen Untersuchungen der KFZ

fristgerecht durchgeführt werden. Der AN hat dem AG auf dessen Verlangen jeweils zum Schuljahresbeginn sämtliche Prüfberichte (Sicherheitsprüfungen und Hauptuntersuchung) der eingesetzten Fahrzeuge unaufgefordert vorzulegen.

- (3) Unbeschadet der Verpflichtung des AN zur Durchführung der vorgeschriebenen Untersuchungen und zur Vorlage der Prüfberichte ist der AG berechtigt, die KFZ durch Beauftragte überprüfen zu lassen, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass der AN seinen Verpflichtungen aus Abs. 1 bis 3 nicht nachkommt. Die Kosten der Überprüfung trägt der AN.
- (4) Die eingesetzten Fahrzeuge müssen über ausreichende und stets betriebsbereite Heizung und Lüftung verfügen und ausreichend geheizt bzw. gekühlt werden.
- (5) Beim Einsatz der Fahrzeuge ist die Ausrüstung den jeweiligen Straßen- und Witterungsverhältnissen anzupassen. Im Zeitraum vom 1.11. eines Jahres bis zum 15.04. des Folgejahres sind Winterreifen aufzuziehen. Im Zeitraum vom 1.11. eines Jahres bis zum 15.04. des Folgejahres sind Schneeketten mitzuführen.
- (6) In Abhängigkeit von den gesetzlichen Vorschriften und vom Zeitpunkt der Erstzulassung des Fahrzeuges müssen die jeweils gültigen EURO-Normen erfüllt werden.
- (7) Die Kraftfahrzeuge sind stets in einem sauberen, betriebs- und verkehrssicheren Zustand einzusetzen.
- (8) Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als 5, jedoch nicht mehr als 9 Personen, einschließlich Fahrzeugführer, geeignet und bestimmt sind (Kleinbusse), müssen den Anforderungen der Absätze 1 bis 7 genügen, jährlich nach § 29 StVZO hauptuntersucht werden und mit einem Fahrtenschreiber oder mit EG-Kontrollgeräten ausgerüstet sein, die entsprechend § 57 a Abs. 2 StVZO bzw. VO (EU) Nr. 165/2014 zu betreiben und gemäß § 57 StVZO zu prüfen sind.
- (9) Der Unternehmer legt dem Aufgabenträger auf Verlangen die Schaublätter (Diagrammscheiben) der Fahrtenschreiber oder EU-Kontrollgeräte für die nach diesem Vertrag durchgeführten Fahrten vor; auf Verlangen händigt er sie einem nach § 57 b StVZO anerkannten Fachbetrieb zur Auswertung auf Kosten des Aufgabenträgers aus.
- (10) Der Unternehmer hat dem Auftragnehmer eine Übersicht über die für den Einsatz vorgesehenen Fahrzeuge vorzulegen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die zur Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge die Anforderungen des SaubFahrzeugBeschG in der jeweils geltenden Fassung erfüllen. Soweit Fahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes eingesetzt werden, sind die gesetzlichen Mindestquoten einzuhalten. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen geeignete Nachweise zur Einhaltung der Anforderungen vorzulegen, insbesondere Herstellerangaben, Übereinstimmungsbescheinigungen (CoC) oder vergleichbare technische Nachweise. Änderungen des Fahrzeugeinsatzes während der Vertragslaufzeit sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Ersatzfahrzeuge müssen die Anforderungen des SaubFahrzeugBeschG ebenfalls erfüllen.

## **§ 8 Fahrer**

- (1) Es dürfen nur Fahrer/innen eingesetzt werden, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen und zuverlässig sind.
- (2) Es dürfen vom AN nur Fahrer/innen eingesetzt werden, deren Zuverlässigkeit durch Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses im Sinne von § 30a BZRG nachgewiesen ist.

- (3) Der AN hat die eingesetzten Fahrer in einer Liste je Strecke je Tag zu dokumentieren und auf Verlangen des AG die Liste unverzüglich herauszugeben.
- (4) Je Strecke sollen nach betrieblicher Möglichkeit jeweils die gleichen Fahrer zum Einsatz kommen, um für die Schüler\*innen eine gewisse Kontinuität zu wahren.
- (5) Gute deutsche Sprachkenntnisse sind für die Kommunikation mit bzw. die Betreuung der Fahrgäste erforderlich und müssen gewährleistet werden.
- (6) Höfliche Umgangsformen sind für die Kommunikation mit bzw. die Betreuung der Fahrgäste erforderlich und müssen gewährleistet werden.
- (7) Der Unternehmer hat auf Verlangen des Schulaufwandträgers die Fahrer/innen einmal im Jahr für Schulungen und Informationsveranstaltungen für Schulbusfahrer freizustellen und dafür zu sorgen, dass die betreffenden Fahrer an den Veranstaltungen teilnehmen. Die Schulung ist aktenkundig zu machen.
- (8) Alle weiteren in der Leistungsbeschreibung genannten Anforderungen an das Fahrpersonal müssen eingehalten werden.
- (9) Die Fahrer/innen haben im Rahmen dieses Vertrages den Anweisungen des AG und dessen Beauftragten zu folgen, soweit diese nicht gegen zwingende gesetzliche Bestimmungen oder polizeiliche Anordnungen verstoßen.
- (10) Bestimmte Fahrer/innen dürfen vom Unternehmer nicht mehr eingesetzt werden, wenn Tatsachen bzw. nicht widerlegbare Vermutungen vorliegen, die gegen die Eignung oder Zuverlässigkeit des Fahrers/der Fahrerin sprechen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese trotz Abmahnung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen.
- (11) Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrer § 9 BOKraft einhalten. Auf Verlangen des Aufgabenträgers hat der Unternehmer ärztliche Zeugnisse für die Fahrer vorzulegen, die nachweisen, dass keine Gefahr der Übertragung einer Krankheit im Sinne des § 9 BOKraft vorliegt.
- (12) Der Unternehmer hat insbesondere die jeweils geltenden „Corona-Maßnahmen“, insbesondere die 6. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, zu beachten.
- (13) Der Unternehmer hat die Fahrer zu erhöhter Vorsicht anzuhalten und auf die besonderen Gefahren und Eigenschaften, die sich bei der Schüler\*innenbeförderung ergeben, hinzuweisen.

### **§ 9 Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der AN ist verpflichtet, die übertragenen Betriebsleistungen nach Maßgabe des für die Linie jeweils einvernehmlich festgelegten Fahrplans auf Grundlage der **Anlage Allgemeine Leistungsbeschreibung und Leistungsbeschreibung Los ...** pünktlich zu erbringen.
- (2) Die Fahrpläne bzw. etwaige Änderungen oder Korrekturen (z.B. aufgrund neuer oder ausscheidender Schüler\*innen, auch baustellenbedingte Änderungen) werden auf Basis von Informationen des AG zu Wohnorten und Schulorten der Schüler\*innen sowie zu zeitlichen Erfordernissen durch den AN erstellt. Der AN legt dem AG vorläufige Fahrpläne spätestens zwei Wochen vor Beginn des Schuljahres zur Genehmigung vor. Der AN legt dem AG die endgültigen Fahrpläne jeweils spätestens vier Wochen nach Schulbeginn zur Genehmigung vor. Dauerhafte Änderungen im Fahrplan während des laufenden Schuljahres bedürfen der Absprache mit der Schulleitung und dem AG und sind dem AG anschließend innerhalb von zwei Wochen

schriftlich vorzulegen. Nicht mehr erforderliche Teil- und Stichfahrten sind nach Aufforderung des AG einzustellen. Soweit sich die Beförderung aus schulischen Gründen (z.B. bei noch nicht endgültig erstelltem Stundenplan, an Wandertagen, vor Ferien) zeitlich verschiebt, sind die entsprechenden Weisungen der Schulleitung maßgebend. Zusätzliche Fahrten und weitere Teil- und Stichstrecken dürfen nur mit Zustimmung des AG durchgeführt bzw. in den Fahrplan aufgenommen werden. Dies gilt auch für einmalige zusätzliche Fahrten sowie für weitere, zeitlich versetzte Schul- und Heimfahrten.

#### **§ 10 Leistungsumfang Betrieb**

- (1) Der AN ist verpflichtet, die in seinem Angebot vom ... aufgeführten Fahrzeuge in der vom AG geforderten Qualität gemäß Leistungsbeschreibung bereit zu stellen und einzusetzen.
- (2) Der AN haftet für den verkehrssicheren und ordnungsgemäßen Fahrzeugeinsatz.
- (3) Der AN hat die Betriebsleistungen in der Qualität nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung durchzuführen.
- (4) Der AN wird nur Personal mit der gemäß Leistungsbeschreibung beschriebenen Qualifikation einsetzen.
- (5) Der AN ist verpflichtet, für seinen Betrieb einen verantwortlichen Ansprechpartner vor Ort einzusetzen und dem AG diesen umgehend schriftlich namentlich zu benennen. Der Begriff „vor Ort“ umfasst dabei ein Gebiet, von dem der Betriebsleiter jede Haltestelle der beauftragten Linien innerhalb von 30 Minuten erreichen kann.

#### **§ 11 Qualitätssicherung**

- (1) Die in der Leistungsbeschreibung formulierten Aufgaben und Vorgaben sind fester Bestandteil dieses Vertrages.
- (2) Der AN und AG sind verpflichtet, sich über jede Beschwerde, die im Zusammenhang mit einer Beförderungsleistung nach diesem Vertrag steht, unverzüglich gegenseitig in Kenntnis zu setzen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich und unaufgefordert mündlich bzw. fernmündlich, schriftlich oder per E-Mail binnen 30 Minuten sowie schriftlich bis zum folgenden Arbeitstag über etwaige Betriebsstörungen (Fahrzeugausfälle, Verkehrsunfälle etc.) oder sonstige besondere Vorkommnisse im Sinne der BOKraft (§ 6 BOKraft) zu unterrichten.
- (4) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen jederzeit durch seine Beauftragten oder selbst zu überwachen. Der AN bzw. dessen Bedienstete sind verpflichtet, mündlichen und schriftlichen Weisungen des AG Folge zu leisten.

#### **§ 12 entfällt**

#### **§ 13 Vergütung**

- (1) Für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen zahlt der AG dem AN eine Vergütung nach Besetzt-Kilometer für die tatsächlich durchgeführten Fahrten.

- (2) Die Höhe der Vergütung beträgt pro Besetzt-Kilometer (zzgl. Umsatzsteuer): [noch zu ergänzen gem. Angebot]

Los Nr.	Preis in €/km
für die Strecke 1:	
für die Strecke 2:	
für die Strecke 3:	
für die Strecke 4:	
für die Strecke 5	
für die Strecke 6	
für die Strecke 7	

- (3) Soweit Mehrwertsteuer anfällt, kommt diese zur Vergütung nach Abs. 1 hinzu.
- (4) Die Besetzt-Kilometer für die Schulbustouren werden nach dem Prinzip der kürzesten und wirtschaftlichsten Streckenführung unter Einhaltung aller in der Leistungsbeschreibung definierten Qualitätskriterien vom AG festgestellt und als Basis-Kilometer in den Fahrplänen festgehalten. Der AG kann die Entfernungen überprüfen und optimieren. Abweichungen von diesem Ergebnis und nicht durchführbare Optimierungen müssen vom AN schriftlich begründet werden.
- (5) Die Vergütung wird grundsätzlich nur für die tatsächlich ausgeführten Fahrten bezahlt. Fahrten, die im Fahrplan festgelegt sind und unterrichtsbedingt ausfallen, müssen von der Schulleitung bis spätestens 18:00 Uhr des Vorabends für die Frühfahrten und bis 09:00 Uhr desselben Tages für die Mittags- und Nachmittagsfahrten beim Auftragnehmer storniert werden. Die Vergütung entfällt auch, wenn aufgrund einer kurzfristigen Weisung übergeordneter Behörden der Unterricht außerplanmäßig entfällt.
- (6) Abweichungen und Umwege durch besondere Ereignisse sind mit Begründung anzumerken, entstehende Mehrkilometer werden vergütet.
- (7) Die erbrachten Leistungen stellt der AN dem AG monatlich bis zum 10. des Folgemonats mit nachprüfbarer Leistungsaufstellung in Rechnung.
- (8) Es ist ein täglicher Beförderungsnachweis je Linie und Fahrt zu führen. Die Rechnung hat gesondert nach Linien zu erfolgen. Die Beförderungsnachweise sind der Monatsrechnung beizulegen.
- (9) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt binnen drei Wochen nach Eingang der prüffähigen Rechnung. Die Zahlung geschieht bargeldlos durch Überweisung. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut des AG.



#### **§ 14 Vergütungsanpassung**

- (1) Bei einer Änderung der Fahrpläne und Linien gem. § 5 oder einer Änderung der Beförderungskapazitäten gem. § 6 können beide Parteien eine Anpassung der Vergütung (Preis pro Besetzt-Kilometer) verlangen, soweit sich aus der Änderung nachweislich Änderungen im Aufwand ergeben. Ein geänderter Aufwand besteht insbesondere, wenn der AN nach vernünftigen Grundsätzen wirtschaftlichen Handelns größere oder kleinere KFZ einsetzen könnte, als dies vor der Änderung vorgesehen war. Ein geänderter Aufwand besteht auch bei erheblich geänderter Linienführung.
- (2) Die Anpassung hat auf Basis der Vertragspreise zu erfolgen. § 2 VOL/B gilt entsprechend.

#### **§ 15 Vergütungsanpassung TarifV oder MiloG:**

Soweit ein verbindlicher Tarifvertrag oder Mindestlohn angepasst wird, und soweit die Anpassung bei Angebotsabgabe objektiv nicht bewertbar war, kann der AN eine Anpassung seiner Vergütung verlangen, sofern

- a) bei Angebotsabgabe eine Urkalkulation im verschlossenen Umschlag hinterlegt wurde und
- b) der bis zur Anpassung gültig Tariflohn/Mindestlohn auch tatsächlich bezahlt wurde.

#### **§ 16 Vergütungsindexierung bezüglich Treibstoff**

- (1) Die Vergütungsindexierung bezieht sich allein auf die in den Preisblättern anteilig ausgewiesenen Treibstoffkosten von fix 25 % des Besetzkilometerpreises. Im Übrigen findet eine Vergütungsindexierung nicht statt, d. h. sonstige Kostensteigerungen (z. B. Lohn- oder Tarifkosten sowie evtl. Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns) sind in die Vergütung gem. § 13 bereits einzukalkulieren. Nachforderungen sind insoweit ausgeschlossen.
- (2) Nach Ablauf der ersten beiden vollen Schuljahre (31.07.2028) erfolgt eine Fortschreibung des Vergütungsanspruchs im Hinblick auf die anteilig ausgewiesenen Treibstoffkosten auf Grundlage der folgenden Absätze. Die weiteren Fortschreibungen des Anspruchs erfolgen alle 2 Jahre.
- (3) Die Fortschreibung dieser Kosten erfolgt anhand des Index für Treibstoffkosten, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 17, Reihe 2 „Dieselkraftstoff bei Lieferung an Großverbraucher“.
- (4) Bezugsgröße ist der Jahresdurchschnittswert für das Jahr 2027. Ab 01.08.2028 erfolgt die Fortschreibung entsprechend der prozentualen Veränderung des Jahresdurchschnittswertes für das Jahr 2027 zum Jahresdurchschnittswert für das Jahr 2026, ab 01.08.2029 entsprechend der prozentualen Veränderung des Jahresdurchschnittswertes für das Jahr 2028 zum Jahresdurchschnittswert für das Jahr 2027. Eine Fortschreibung erfolgt sowohl nach oben wie auch nach unten.

#### **§ 17 Corona-Klausel**

- (1) Während einer pandemiebedingten Einstellung des Unterrichtsbetriebs entfällt die Beförderungspflicht entfällt die Beförderungspflicht des Beförderungsunternehmens mit Ausnahme der Fahrten zur Notfallbetreuung. Für die Zeit des pandemiebedingten

Schulausfalls hat das Beförderungsunternehmen einen Anspruch auf die Erstattung seiner Bereitstellungskosten abzüglich eines angemessenen Abschlags aufgrund ersparter Aufwendungen. Daneben hat das Beförderungsunternehmen weiterhin Anspruch auf Vergütung für tatsächlich erfolgte Fahrten zur Notfallbetreuung nach § 13. Die Bezeichnung „pandemiebedingt“ im Sinne dieses Paragraphen bezieht sich auf die COVID-19-Pandemie.

- (2) Für den Anspruch auf Erstattung von Bereitstellungskosten abzüglich eines angemessenen Abschlags aufgrund ersparter Aufwendungen nach Abs. 1 gelten folgende Maßgaben:

- (a) Das Beförderungsunternehmen erhält je Schultag, an dem die Beförderungspflicht infolge der pandemiebedingten Schulschließungen nach Abs. 1 entfällt, eine Erstattung für seine laufenden unabdingbaren Bereitstellungskosten auf der Basis der individuellen Betriebskosten (individuelle Fix-Kosten). Als individuelle Fix-Kosten werden anerkannt die laufenden Betriebskosten für die betrieblichen Kostenarten (Kostensätze ausgedrückt in %) für Personalkosten, Fahrzeugkosten, Leasing- /Abschreibungskosten und sonstiger Kosten. Dabei sind unter den sonstigen Kosten alle übrigen fahrleistungsunabhängigen Fix-Kosten wie z. B. Verwaltungskosten, Raum- und Energiekosten, usw. zu verstehen. Aus der Summe (in %) dieser individuellen Fix-Kosten wird, abzüglich eines angemessenen Abschlags aufgrund ersparter Aufwendungen in Höhe von 4 %, der für die Erstattung maßgebliche reduzierte Bereitstellungskostensatz (in %) gebildet. Dieser reduzierte Bereitstellungskostensatz ist in seiner Höhe auf max. 75 % beschränkt. Für die Bestimmung des konkreten Erstattungsbetrages wird der reduzierte Bereitstellungskostensatz auf die nach § 13 maßgebliche reguläre Vergütung angewendet, welche schultäglich ohne den pandemiebedingten Schulausfall angefallen wäre. Der vom Aufgabenträger ermittelte reduzierte Bereitstellungskostensatz (in %) wird dem Beförderungsunternehmen vor Rechnungsstellung schriftlich durch den Aufgabenträger mitgeteilt. Die Kostenstruktur ist dann aufzugliedern wie folgt:

Personalkosten	...%
Treibstoffkosten	...%
Reifen/Reparaturen/Ersatzteile/Fremdleistungen	...%
Fahrzeugkosten/Versicherungen:	...%
Leasingkosten/AfA	...%
Sonstige Fix-Kosten	...%
<b>Gesamt:</b>	<b>100 %</b>

Die Richtigkeit der mitgeteilten Betriebsdaten nach der v. g. Kostenstruktur ist vom Geschäftsführer bzw. Betriebsinhaber des Beförderungsunternehmens schriftlich zu bestätigen und dem betreffenden Antrag beizufügen. Das Beförderungsunternehmen hält seine Berechnungen samt den zugrundeliegenden Unterlagen als Nachweis dauerhaft bereit und legt diese allesamt dem Aufgabenträger auf Anforderung vor.

- (b) Sollte das Beförderungsunternehmen Kurzarbeitergeld beziehen, sind die entsprechend bereinigten bzw. korrigierten Personalkosten unverzüglich dem Aufgabenträger unaufgefordert mitzuteilen. Auch sonstige Änderungen sind unverzüglich dem Aufgabenträger unaufgefordert mitzuteilen.
- (c) Aufgrund pandemiebedingten Schulausfalls nach Ziffer Abs. 1 erfolgt die Erstattungszahlung für die Bereitstellungskosten ohne tatsächliche

Leistungserbringung in Form von Beförderung durch das Beförderungsunternehmen. Auf Bund-Länder Ebene wurde in diesem Zusammenhang folgendes abgestimmt: Stellen Verkehrsunternehmen ihren Linienverkehr ein, weil sie ihre vertraglichen Verpflichtungen der Schülerbeförderung gegenüber den Aufgabenträgern aufgrund höherer Gewalt nicht erfüllen können und erhalten sie in diesem Falle aufgrund einer Vertragsklausel weiterhin anteilige Zahlungen der Aufgabenträger, liegt kein steuerbarer Leistungsaustausch i. S. d. § 1 Absatz 1 Nummer 1 UStG vor. Für den beantragten Zeitraum der pandemiebedingt ausgefallenen Schultage hat die Abrechnung mit gesonderter Monatsrechnung zu erfolgen, unter Anwendung des vom Aufgabenträger schriftlich mitgeteilten reduzierten Bereitstellungskostensatzes (vgl. Abs. 2 (a)).

- (d) Überzahlungen infolge des nachträglichen Bezugs von Kurzarbeitergeld oder infolge sonstiger nachträglich eingetretener Änderungen werden mit künftigen Zahlungen des Aufgabenträgers an das Beförderungsunternehmen verrechnet. Das Beförderungsunternehmen ist verpflichtet, alle Maßnahmen zur Kostenreduzierung auszuschöpfen. Neben dem oben genannten Anspruch des Beförderungsunternehmers auf Erstattung der Bereitstellungskosten abzüglich eines angemessenen Abschlags aufgrund ersparter Aufwendungen und neben dem Anspruch des Beförderungsunternehmers auf Vergütung tatsächlich erfolgter Fahrten zur Notfallbetreuung bestehen keine weiteren Ansprüche des Beförderungsunternehmens gegen den Aufgabenträger für den Zeitraum der pandemiebedingt ausgefallenen Schultage.

## **§ 18 Leistungsstörungen, Abmahnung**

- (1) Für die Fälle, in denen die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen und Qualitätsmindestanforderungen vom AN schuldhaft nicht eingehalten werden, kann eine Abmahnung erfolgen. Dies gilt insbesondere für Folgendes:
- (a) Jeden Ausfall einer Fahrt (ganz oder auf Teilstrecken), der darüber hinaus zur Wertung als Nichtleistung führt, weshalb diese Fahrt nicht abgerechnet werden kann. Fahrten mit einer durchschnittlichen Verspätung von 30 Minuten oder mehr gelten als Fahrtausfall.
  - (b) Den Einsatz eines nicht den vereinbarten Standards entsprechenden Fahrzeugs und gravierende Verschmutzungen im Fahrzeuginnern sowie gravierende Schadhafteigkeit der Inneneinrichtung des Fahrzeugs.
  - (c) Bei Nicht-Erreichbarkeit des Verkehrsunternehmens bzw. der Fahrer (über das Verkehrsunternehmen) während der üblichen Betriebszeiten.
  - (d) Bei Nicht-Beförderung von Fahrgästen aufgrund falschen Fahrzeug-Einsatzes bzw. Mitnahme einer bestimmungswidrig zu hohen Zahl an Personen (Überladung) oder Verweigerung von gemäß Leistungsbeschreibung zu erbringender Gepäck-Mitnahme.
  - (e) Bei Verstoß des Fahrpersonals gegen die in § 7 oder § 8 dieses Vertrages sowie die in der Leistungsbeschreibung definierten Anforderungen.
- (2) Dem AG und den von diesem autorisierten Personen ist auf Verlangen der sofortige Zutritt zu den Fahrzeugen, die für den ausgeschriebenen Verkehr verwendet werden, sowie Einblick in die Einsatzpläne, Werkstattberichte, Reparatur-Rechnungen und Unfallberichte sowie vorhandene Sachverständigen-Gutachten zu den Fahrzeugen zu

gewähren. Der AG kontrolliert dabei schwerpunktmäßig die Einhaltung der Vereinbarungen über die Schadensfreiheit und den Pflegezustand der Fahrzeuge.

#### **§ 19 Haftung und Freistellungspflichten des AN**

- (1) Der AN ist dem AG zum Ersatz etwaiger dem AG entstehender Schäden verpflichtet, die darauf beruhen, dass der AN die von ihm übernommenen Vertragspflichten schuldhaft nicht, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt hat. Das Verschulden seiner Mitarbeiter und der Mitarbeiter eines etwaigen Subunternehmers muss sich der AN wie eigenes Verschulden zurechnen lassen.
- (2) Der AN stellt den AG aus der Haftung von sämtlichen im Zusammenhang mit diesem Vertrag entstehenden Ansprüchen aus der Eigenschaft als Fahrzeughalter und Beförderungsunternehmen resultierenden Ansprüchen frei.
- (3) Der Unternehmer ist verpflichtet, den Aufgabenträger von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderungen erhoben werden, es sei denn, das schadenstiftende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Aufgabenträger einzustehen hat. Er ist verpflichtet, sich, seine Fahrer und die Insassen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen sowie dieses Vertrags zu versichern.

#### **§ 20 Versicherungspflicht des AN**

- (1) Der AN bzw. dessen Mitglieder sind verpflichtet, für die Dauer des Vertrages eine Kfz-Haftpflichtversicherung mit mindestens 100 Mio. € Pauschaldeckung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, bei Personenschäden mit Begrenzung von 15 Mio. € für die einzelne Person, und eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. Euro abzuschließen und dem AG das Bestehen des Versicherungsschutzes nachzuweisen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, den AG unverzüglich schriftlich darüber zu informieren, wenn der Versicherungsschutz infolge Zahlungsverzugs oder aus sonstigen Gründen entfällt oder wenn die Versicherung aus sonstigen Gründen aufgehoben wird.
- (3) Der AG ist berechtigt, bei dem Versicherungsgeber des AN sämtliche Informationen über die Versicherungsverträge nach Abs. 1 einzuholen. Der AN setzt den Versicherungsgeber mit Abschluss der in Abs. 1 vorgegebenen Versicherungsverträge von diesem Informationsrecht des AG in Kenntnis. Er entbindet den Versicherungsgeber von gegebenenfalls bestehenden Verschwiegenheitspflichten.

#### **§ 21 Abtretung von Ansprüchen des AN**

- (1) Die Ansprüche des AN gegen den AG aus diesem Vertrag dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG nicht abgetreten werden. Dies gilt auch für Abtretungen an Unternehmen, die demselben Konzern wie der AN angehören. § 354a HGB bleibt unberührt.

## **§ 22 Aufrechnungsverbot**

Gegen die Forderungen des AG ist eine Aufrechnung mit Forderungen des AN nur zulässig, sofern die Forderung des AN rechtskräftig festgestellt und diese unbestritten ist.

## **§ 23 Pflichten des AG**

- (1) Der Aufgabenträger wirkt in Zusammenarbeit mit den Schulen auf die Schüler\*innen und deren Erziehungsberechtigten dahingehend ein, dass sich die Schüler\*innen während der Fahrten ordnungsgemäß verhalten. Der Fahrer hat ungebührliches Verhalten eines Kindes dem Schulleiter und dem AG zu melden.
- (2) Der Aufgabenträger setzt sich dafür ein, dass die Fahrer in geeigneter Weise über die besonderen Gefahren und Eigenheiten der Schüler\*innenbeförderung unterrichtet werden.
- (3) Hat der AN Zweifel an der Berechtigung einzelner Schüler\*innen zur Beförderung, so teilt ihm der AG auf Verlangen mit, ob der Schüler\*innen zur Beförderung berechtigt ist.

## **§ 24 Vertragsdauer/Kündigung**

- (1) Der Vertrag tritt mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 in Kraft und läuft bis zum Ende des Schuljahres 2029/2030.
- (2) Der AG hat die Option, den Vertrag nach Ende der Laufzeit aus Abs. 1 um jeweils ein weiteres Schuljahr, jedoch max. 2 x um insgesamt 2 Schuljahre (also bis Ende des Schuljahres 2031/2032) durch jeweils Abruf in Textform zu verlängern. Der Abruf muss vor dem 31.05. erfolgen.
- (3) Kommt auf Verlangen einer Vertragspartei innerhalb einer Frist von vier Wochen keine Einigung über die Vergütung gem. § 14 Abs. 1 zustande, kann jede Vertragspartei nach Ablauf dieser Frist mit einer weiteren Frist von vier Wochen schon vor Ablauf der Frist gem. § 23 Abs. 1 kündigen.
- (4) Ist der Unternehmer nicht in der Lage, den notwendigen Änderungen gem. § 5 oder § 6 Rechnung zu tragen, oder entfällt eine Linie wegen geänderter Schulorganisation, so kann der Vertrag schon vor Ablauf der in Abs. 1 bestimmten Frist mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden. Die Kündigung kann sich auf einzelne Linien beschränken.
- (5) Eine Kündigung ist aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor,
  - (a) wenn ein Vertragspartner grob oder trotz Abmahnung wiederholt gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen hat,
  - (b) eine Überschuldung vorliegt,
  - (c) das Insolvenz- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des AN eröffnet oder die Eröffnung des Vergleich- oder Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird,
  - (d) Sozialversicherungsabgaben bzw. Steuern nicht oder nur teilweise abgeführt worden sind,
  - (e) der AN bzw. seine Mitarbeiter Adressaten von bestands- bzw. rechtskräftigen Ordnungsverfügungen, Bußgeldbescheiden, Strafbefehlen und/oder Urteilen im Zusammenhang mit personenbeförderungsrechtlichen Bestimmungen sind,

- (6) Kündigungen bedürfen der Schriftform.

## § 25 Gerichtsstand, Recht

- (1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Neu-Ulm.

## § 26 Schriftformklausel, Sonstiges

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.
- (2) Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Klausel, durch die diese Schriftform abbedungen werden soll.
- (3) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.

## § 27 Teilnichtigkeit

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nichtig sein, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen sowie des Vertrags davon unberührt. Die Parteien verpflichten sich jedoch, die nichtige Bestimmung durch eine einschlägige gesetzliche Regelung oder bei deren Fehlen durch eine Regelung zu ersetzen, die der nichtigen Bestimmung im wirtschaftlichen Ergebnis gleichkommt.

Ort, den ...

<p>Der Aufgabenträger:</p> <p>Landkreis Neu-Ulm</p> <p>Landrätin Eva Treu</p>	<p>Der Unternehmer:</p>
---	-------------------------

**Anlagen:**

*Anlage 01 nicht besetzt*

Anlage 02 Allgemeine Leistungsbeschreibung

Anlage 03A: Leistungsbeschreibungen und Fahrpläne Los 1 inklusive Übersicht voraussichtl.  
Schüler\*innenzahlen pro Los und Strecke mit Abfahrtszeiten **[für Los 1]**

Anlage 03B: Leistungsbeschreibungen und Fahrpläne Los 2 inklusive Übersicht voraussichtl.  
Schüler\*innenzahlen pro Los und Strecke mit Abfahrtszeiten **[für Los 2]**

Anlage 03C: Leistungsbeschreibungen und Fahrpläne Los 3 inklusive Übersicht voraussichtl.  
Schüler\*innenzahlen pro Los und Strecke mit Abfahrtszeiten **[für Los 3]**

Anlage 03D: Leistungsbeschreibungen und Fahrpläne Los 4 inklusive Übersicht voraussichtl.  
Schüler\*innenzahlen pro Los und Strecke mit Abfahrtszeiten **[für Los 4]**

Anlage 04 Eigenerklärung Teil 1

Anlage 05 Erklärung zur Bietergemeinschaft **[sofern zutreffend]**

Anlage 06 Eigenerklärung Teil 2

Anlage 07a: VOL/B

Anlage 07b: Schutzerklärung

*Anlage 08 nicht besetzt*

Anlage 09: Preisblatt inkl. SaubFahrzeugBeschG